

- (A) Unabhängig von der Frage, ob solche Methoden der Behandlung unabdingbar sind, ist eine neben das Elternrecht tretende weitere Kontrollinstanz zunächst offensichtlich zu begrüßen, zumal die Wirkung von Fixierungen oder auch Sedierung bei Kindern gravierender sein kann als die Unterbringung an sich.

Während bei erwachsenen Betreuten bei solchen Maßnahmen eine betreuungsgerichtliche Genehmigung einzuholen ist, ist eine solche Genehmigungspflicht nach § 1906 BGB auf das Kindschaftsrecht nicht analog anwendbar.

Legt man die entsprechenden Artikel der UN-Kinderrechtskonvention und die UN-Behindertenrechtskonvention zugrunde, ist die Genehmigungspflicht bei freiheitsbeschränkenden Maßnahmen von Minderjährigen nur der logische Schluss. Dies würde auch, wie es die Grünen in ihrem Gesetzentwurf betonen, die bisher unzureichende gesetzliche Regelung im Sinne einer Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ergänzen. Das wäre ein wichtiges Signal; denn „Kinder haben besondere Bedürfnisse hinsichtlich ihrer Förderung, ihres Schutzes, ihrer Mitbestimmung und ihrer Entwicklung. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen haben darüber hinaus mit weiteren Barrieren zu kämpfen und erleben häufig gesellschaftliche Diskriminierung. Sie sind eine besonders verletzte Gruppe, die durch das Recht geschützt werden muss“.

- (B) Allerdings wird mit der vorgeschlagenen Regelung der Widerspruch zwischen Elternrecht einerseits und Recht des Kindes andererseits nicht aufgelöst, wie es auch in der Beschlussempfehlung des Bundesrates aufgezeigt wird. Allein den Blick auf das Genehmigungsverfahren zu lenken und damit zu suggerieren, die Situation sei geklärt, reicht eben nicht aus.

Viel wichtiger wäre es, die entsprechenden Fachbereiche und die Jugendhilfe personell so auszustatten, dass es möglichst nicht zu genehmigungspflichtigen Maßnahmen kommt. Insbesondere die vorgelagerten Systeme der Jugendhilfe, welche unterstützen und helfen können, sind hierbei besonders zu beachten und entsprechend auszustatten.

Es überrascht aber nicht wenig, dass es im Vorfeld zu diesem Gesetzentwurf, anders als sonst üblich, keine Fachdebatte mit der Jugendhilfe gab. Lediglich Ärzten wurde die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf gegeben, war heute in der *taz* zu lesen.

Ich möchte insoweit nur Wolfgang Hammer und Friedhelm Peters zitieren, welche sich wie folgt geäußert haben: „Was hier als Kinderschutz gedacht ist, wird zum Einfallstor für Freiheitsentzug als pädagogischem Mittel, wo immer Eltern und Einrichtungen sich überfordert sehen“ bzw. „Fixierungen mit Gurten auf einer Liege sind ein No-Go in der Jugendhilfe“.

Es bleibt dabei: Bei allen guten Absichten müssen der Schutz und die Rechte des Kindes stets im Vordergrund stehen. Und es ist Aufgabe der Jugendhilfe, dies zu gewährleisten. Dafür braucht sie die entsprechende personelle, fachliche und finanzielle Ausstattung. Zwangs-

- maßnahmen sind kein Mittel der Jugendhilfe, sondern (C) Vertrauen und Zuwendung.

Ich denke, in diesem hochsensiblen Bereich werden die Beratungen intensiv und tiefgründig unter Beteiligung der Jugendhilfe verlaufen.

Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dass wir die bestehende gesetzliche Lücke beim Schutz von Kindern und Jugendlichen endlich schließen. Gut, dass wir uns an dieser Stelle einig sind und nach uns nun auch die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Der Bundesgerichtshof hat bereits 2013 den Gesetzgeber aufgefordert, zu prüfen, ob eine familiengerichtliche Genehmigung bei freiheitsentziehenden Maßnahmen eingeführt werden sollte.

Zwei Jahre später hat der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in seinem Staatenbericht die Anwendung von Zwang und unfreiwilliger Behandlung gegenüber Menschen mit Behinderungen in Deutschland gerügt – auch die Tatsache, dass nirgends dokumentiert wird, inwieweit Zwangsmaßnahmen angewendet werden. Wir haben für alle möglichen Dinge Statistiken, aber wir wissen nicht einmal, wo und wie oft Zwangsmaßnahmen stattfinden. Die gesetzliche Neuregelung kommt also ziemlich spät und ist das Mindeste, was wir machen müssen, um Kinder besser zu schützen.

Zimmereinschlüsse, das oftmals stundenlange Verweilen in Time-Out-Räumen, Fixierungen am Bett oder Spezialbetten, in denen Kinder gefangen sind – all diese Maßnahmen finden Anwendung in Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe oder in Kinder- und Jugendpsychiatrien. Die Recherchen des Bayerischen Rundfunks, die dann im vergangenen Jahr in dem erschütternden Beitrag *Blackbox Heim* veröffentlicht wurden, haben diese Missstände sehr eindrücklich gezeigt.

Anders als bei Erwachsenen, die unter Betreuung stehen, muss derzeit bei Kindern kein Gericht solche freiheitsbeschränkenden Maßnahmen genehmigen. Das ist völlig inakzeptabel und wird schon lange von vielen Expertinnen und Experten kritisiert. Kinder müssen mindestens den gleichen Schutz erwarten können wie Erwachsene! Das verlangen auch die UN-Behindertenrechtskonvention und die UN-Kinderrechtskonvention: Keinem Kind darf die Freiheit entzogen werden, und bei allen Maßnahmen muss das Wohl des Kindes Vorrang haben.

Da derzeit die Zustimmung der Sorgeberechtigten ausreicht, um freiheitsbeschränkende Maßnahmen anzuwenden, können Eltern unter immensen Druck geraten, wenn sie ihr Kind aus Mangel an ambulanten Hilfen in einer heilpädagogischen Einrichtung unterbringen müssen. Eine solche Entscheidung ist für Eltern ohnehin schon sehr schwerwiegend. Noch viel schmerzvoller wird sie, wenn die Einrichtung von den Eltern vorab eine pauschale Zustimmung zu freiheitsbeschränkenden Maßnahmen verlangt. Ohne Unterschrift kein Heimplatz; das kommt nicht selten vor. Eine solche Blankovollmacht reicht künftig nicht mehr aus. Mit der neuen gesetzlichen Regelung stärken wir also auch die Position der Eltern gegenüber den Einrichtungen. Deshalb bin ich

(D)

- (A) erleichtert, dass wir diese Schutzlücke nun im Sinne von Kindern und ihren Eltern schließen.

Auch wenn wir grundsätzlich den Gesetzentwurf der Bundesregierung begrüßen, gibt es Kritik. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass im Genehmigungsverfahren freiheitsbeschränkender Maßnahmen ein ärztliches Zeugnis ausreichend ist. Wie mehrere Fachverbände festgestellt haben, ist ein solches ärztliches Zeugnis anstelle eines Sachverständigengutachtens nicht ausreichend und birgt das Risiko, dass die gesetzliche Neuregelung ins Leere läuft. An dieser Stelle muss nachgebessert werden.

Außerdem schlagen wir in unserem Gesetzentwurf vor, dass die Einrichtungen über die Anwendung von Zwangsmaßnahmen Bericht erstatten müssen. Neben den Familiengerichten können auch die Eltern einen solchen Bericht anfordern. Eine solche Dokumentation der konkreten Maßnahmen mit genauer Datums- und Zeitangabe sowie einer Erläuterung zur Funktion und Erforderlichkeit der Maßnahmen hat eine wichtige Kontrollfunktion.

Die grundsätzliche Frage, die wir uns stellen müssen, ist jedoch: Wie lassen sich Zwangsmaßnahmen, die ja immer auch eine Form von Gewalt sind, die oft demütigend und erniedrigend sind, vermeiden? Es gibt ja zahlreiche alternative Ansätze und Methoden, die auf Deeskalation statt Gewalt setzen. Es ist extrem wichtig, das Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen diese Ansätze kennen und anwenden können. Gewaltfreie Konzepte müssen in der Ausbildung vermittelt werden, und während der Berufslaufbahn müssen regelmäßig entsprechende Fortbildungen und Schulungen stattfinden.

- (B) Außerdem müssen wir uns fragen, ob die bisherige Kontrolle von Einrichtungen durch Heimaufsichten ausreichend ist und wie die Länder an dieser Stelle möglicherweise unterstützt werden können. Auch für die Kontrolle ist gut geschultes und qualifiziertes Personal nötig – aber auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung der zuständigen Behörden.

Auf bundesrechtlicher Ebene sind wir beim Schutz von Kindern und Jugendlichen einen kleinen Schritt weiter. Aber die Diskussion darf an dieser Stelle auf keinen Fall enden.

Christian Lange, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz: Wir beraten heute über den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines familiengerichtlichen Genehmigungsverhalts für freiheitsentziehende Maßnahmen bei Kindern.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, freiheitsentziehende Maßnahmen bei Minderjährigen zukünftig unter den Vorbehalt einer Genehmigung durch das Familiengericht zu stellen. Freiheitsentziehende Maßnahmen sind Maßnahmen, die dem Betroffenen medikamentös oder mechanisch – etwa durch Bettgitter, Gurte, Schutzanzüge oder sogenannte Time-Out-Räume – die Bewegungsfreiheit entziehen. Solche Maßnahmen werden in kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken sowie in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und der Behindertenhilfe bisher ohne familiengerichtliche Genehmigung eingesetzt, sofern die Eltern einwilligen. Bis-

- (C) lang bedarf nur die Unterbringung eines Minderjährigen durch die Eltern, die mit Freiheitsentziehung verbunden ist, einer Genehmigung des Familiengerichts. Sollen an einem Minderjährigen dagegen weitere freiheitsentziehende Maßnahmen angewandt werden, genügt hierfür die Einwilligung der Eltern allein.

Der Bundesgerichtshof hat in einer grundlegenden Entscheidung vom 7. August 2013 klargestellt, dass die Regelung des Betreuungsrechts für Erwachsene, die eine solche Genehmigungspflicht vorsieht, mangels Regelungslücke auf Minderjährige nicht entsprechend angewandt werden kann. Er hat es dem Gesetzgeber überlassen, eine Regelung zu treffen, wenn er sie für erforderlich hält.

Die Einführung der vorgesehenen Genehmigungspflicht ist nach Auffassung der Experten aus folgenden Gründen dringend erforderlich:

Erstens werden freiheitsentziehende Maßnahmen von den Betroffenen häufig als besonders gravierend erlebt. Gerade Kinder, die häufig noch einen ausgeprägten Bewegungsdrang haben, kommen besser damit klar, auf einer vielleicht weitläufigen geschlossenen Station untergebracht zu sein und sich wenigstens innerhalb derselben frei bewegen zu können, als zum Beispiel damit, fixiert zu sein. Und zweitens entlastet es auch die Eltern, wenn eine unabhängige Instanz die Verantwortung für derart einschneidende Eingriffe in das Freiheitsgrundrecht des Kindes bzw. Jugendlichen mitträgt. Denn gerade die Eltern befinden sich in einer besonderen Belastungssituation, wenn sie bezüglich ihres Kindes vor die Frage gestellt sind, ob freiheitsentziehende Maßnahmen angewandt werden sollen.

(D) Die Einführung der Genehmigungspflicht ist in der Fachliteratur und von Verbänden schon seit längerer Zeit gefordert worden. Dementsprechend positiv wurde der Gesetzentwurf aufgenommen. Auch der Bundesrat hat den Gesetzentwurf begrüßt.

Ich bitte Sie daher, den vorliegenden Gesetzentwurf zu unterstützen und damit den Kinderschutz weiter zu verbessern.

Anlage 26

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Astrid Grotelüschen (CDU/CSU) zu der namentlichen Abstimmung über den von den Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Renate Künast, Luise Amtsberg, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten bei umfassenden Modernisierungen (Drucksache 18/8856) (Zusatztagsordnungspunkt 4)

Astrid Grotelüschen (CDU/CSU): In der Ergebnisliste zu der namentlichen Abstimmung ist meine Abstimmung nicht enthalten.

Mein Votum lautet: Nein.